

**Stadt Hornberg**

**Protokoll Nr. 12  
über die  
öffentliche Gemeinderatssitzung  
vom 25. Juli 2007**

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Sitzungssaal des Rathauses Hornberg

Zahl der anwesenden ordentlichen Mitglieder: 18 (Normalzahl: 19)

Vorsitzender: Bürgermeister Siegfried Scheffold

Namen der übrigen anwesenden ordentlichen Mitglieder:

Böckl, Franz	Laumann, Eva
Brohammer, Joachim	Pätzold, Walter (ab 18:20 Uhr anwesend)
Dold, Bernhard	Schäuble, Peter
Fuhrer, Erich	Siller, Siegfried
Haas, Martin	Weißer, Thomas
Horn, Andreas	Dipl.-Ing. (FH) Wöhrle, Fritz
Hurst, Joachim	Dr. Zeumer, Harald
Lauble, Eveline	Ziegler, Hubert
Lauble, Günther	

Es fehlten entschuldigt:

Zühlke, Hans-Peter (Urlaub)

Es fehlten nicht entschuldigt:

-

Schriftführer:

Hauptamtsleiter Oswald Flaig

Urkundspersonen:

Franz Böckl, Joachim Brohammer, Bernhard Dold

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:

Rechnungsamtsleiter Harald Binz  
Stadtbaumeisterin Pia Moser  
Zu TOP 04: Rektorin Irmtraud Henke, Wilhelm-Hausenstein-Schule

Zuhörer: 20

Pressevertreter: 2

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom 17. Juli 2007 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 19. Juli 2007 ortsüblich bekannt gegeben worden ist;
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. Einwendungen gegen die Tagesordnung nicht vorgebracht worden sind.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

## Tagesordnung:

01. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
02. Finanzzwischenbericht für das 1. Halbjahr 2007
03. Neubau Feuerwehrgerätehaus und Bauhofbetriebsgebäude: Aussprache über das weitere Vorgehen
04. Wilhelm-Hausenstein-Schule: Weitere Beratung über das Konzept für eine offene Ganztagsbetreuung
05. Vergabe von Straßeninstandsetzungsarbeiten:
  - a) Oberflächenbehandlung von bituminösen Straßenbelägen in der Schwanenbachtalstraße im Ortsteil Reichenbach
  - b) Straßenbauarbeiten an der Niedergießstraße im Ortsteil Niederwasser
  - c) Straßenbauarbeiten an der Hölzle-Kräherstraße im Ortsteil Reichenbach
06. Neugestaltung der Innenstadt
  - a) Baufortschritt
  - b) Einrichtung einer Gartenwirtschaft durch das Hotel „Adler“
07. Zuschussantrag des DRK-Kreisverbandes Wolfach
08. Bericht der Verwaltung über den Stand der Projekte des Jahres 2007
09. Übersicht über die Planungshonorare für Architekten- und Ingenieurleistungen
10. Bekanntgabe und Anfragen
11. Fragestunde

## **TOP 01. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Bürgermeister Scheffold gibt bekannt, dass der Gemeinderat am 11. Juli 2007 in nichtöffentlicher Sitzung über eine Kostenbeteiligung der Stadt Hornberg an notwendigen Hangsicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau des Entwicklungszentrums der Duravit AG in der Storenwaldstraße Beschluss gefasst hat. Außerdem wurde über das Verfahren zur Neubesetzung der Rechnungsamtsleiterstelle beraten. Der Gemeinderat wird demnächst in nichtöffentlicher Sitzung über die Neubesetzung der Stelle beraten und Beschluss fassen. Das Beschlussergebnis wird öffentlich bekannt gegeben.

## **TOP 02. Finanzzwischenbericht für das 1. Halbjahr 2007**

Rechnungsamtsleiter Binz präsentiert den Finanzzwischenbericht. Sehr positiv ist die Entwicklung bei den Gewerbesteuerereinnahmen. Ende Juli konnten bereits rund 1.870.000 Euro eingenommen werden. Dies entspricht knapp 75 % des Haushaltsansatzes von 2,5 Millionen Euro. Bei den Finanzzuweisungen ist mit Mehreinnahmen von voraussichtlich 69.000 Euro zu rechnen.

Bei der allgemeinen Rücklage ist unter Berücksichtigung des Mindestbetrags ein freier Betrag von rund 500.000 Euro vorhanden.

Der Schuldenstand des Vermögenshaushaltes beläuft sich zur Jahresmitte auf gut 600.000 Euro, der Schuldenstand bei der Wasserversorgung auf 1,312 Millionen Euro.

Beim Winterdienst konnten durch den zurückliegenden milden Winter ebenfalls erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Im Bereich der Wasserversorgung wird die Sanierung der Wasserleitung im Sanierungsgebiet „Stadtmitte II“ die Mittel wie im Wirtschaftsplan 2007 vorgesehen übersteigen. Je nach Fortschritt der Arbeiten und Ausgabenentwicklung sind deshalb Teilarbeiten bzw. andere Baumaßnahmen in das Jahr 2008 zu verschieben, oder ein Nachtragswirtschaftsplan 2007 wäre zu verabschieden, da die Finanzierungslücke nur durch eine erhöhte Kreditaufnahme geschlossen werden kann.

Stadtrat Pätzold ist jetzt ebenfalls anwesend.

Bürgermeister Scheffold fasst zusammen, dass die gute Einnahmensituation bei der Gewerbesteuer nicht dazu verleiten sollte, das Prinzip der sparsamen Wirtschaftsführung aufzugeben. Mehreinnahmen sollten der Rücklage zugeführt werden für spätere Einnahmeschwankungen oder Investitionen. Insgesamt hat Bürgermeister Scheffold die Hoffnung, dass eine geringere Rücklagenentnahme oder Kreditaufnahme als geplant möglich wird.

Zu beachten ist, dass von einem Euro Gewerbesteuererinnahme der Stadt Hornberg langfristig nur ein Betrag von 25 Cent verbleibt, wegen der Umlagezahlungen und der Systematik des Finanzausgleichs.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt vom Finanzzwischenbericht für das 1. Halbjahr 2007 zustimmend Kenntnis.

### **TOP 03. Neubau Feuerwehrgerätehaus und Bauhofbetriebsgebäude: Aussprache über das weitere Vorgehen**

Bürgermeister Scheffold teilt mit, dass der Gemeinderat in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung darüber informiert worden ist, dass der beantragte Zuschuss aus dem Ausgleichstock nicht gewährt wird. Er verweist auf die Drucksache Nr. 83/2007. Zur Realisierung des Gemeinschaftsbauvorhabens Neubau des Feuerwehrgerätehauses und des Bauhofbetriebsgebäudes auf dem Güterbahnhofsareal war neben Eigenmitteln eine Finanzierung über Fachzuschüsse aus dem Feuerwehrwesen (ZFEU) und dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) sowie aus dem Ausgleichstock vorgesehen.

Während die Zuschüsse nach dem ZFEU von 280.000 Euro und nach dem ELR über 200.000 Euro mittlerweile zugesagt worden sind, konnte aufgrund der Mittelsituation und der vergleichsweise günstigen Finanzlage der Stadt im Jahr 2007 kein Ausgleichstockzuschuss gewährt werden.

Nach Aussage des Regierungspräsidiums Freiburg kann auch in den Folgejahren nicht mit einer Zuschussgewährung gerechnet werden, sofern sich die Finanzlage der Stadt nicht dramatisch verschlechtert. Die Anfinanzierung der beiden Maßnahmen im Jahr 2007 war unter Berücksichtigung der anteiligen Ausgleichstockzuschüsse vorgesehen. Das Projekt sollte deshalb nach Auffassung der Verwaltung erst begonnen werden, wenn im Haushalt 2008 und in der mittelfristigen Finanzplanung für die Folgejahre eine Darstellung des Vorhabens möglich ist.

Um die beiden Fachförderungen ZFEU und ELR zu sichern, sollte zunächst die Verwaltung beauftragt werden, mit den Zuschussbehörden eine Verschiebung des Baubeginns auf das Jahr 2008 zu erreichen.

Um das Projekt in den Folgejahren auch unter Berücksichtigung anderer wichtiger Vorhaben finanzieren zu können, besteht die Möglichkeit, zunächst das Feuerwehrgebäude zu errichten und in weiteren Bauabschnitten dann das Bauhofbetriebsgebäude und den dazugehörigen Lagerschuppen und das Streugutsilo. Für den ersten Bauabschnitt, die Errichtung des Feuerwehrgebäudes, ist von Baukosten von ca. 1,3 Millionen Euro auszugehen, abzüglich der Feuerwehrfachförderung und des anteiligen ELR-Zuschusses wäre in den Jahren 2008 fortfolgende ein Betrag von ca. 960.000 Euro zu finanzieren.

Bürgermeister Scheffold informiert, dass zwar ein Ausgleichstockzuschuss von 600.000 Euro beantragt worden ist, beim seinerzeitigen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates aber von einem Zuschuss von 456.000 Euro ausgegangen worden ist.

Bürgermeister Scheffold vertritt die Meinung, dass nun kein Standort- oder Planungsproblem besteht, sondern nur ein Finanzierungsproblem. Seiner Meinung nach ist die Finanzierung nach jetzigem Stand darstellbar, wenn die Maßnahme auf 4 Haushaltsjahre gestreckt wird. Endgültige Klarheit besteht erst nach den Haushaltsberatungen 2008 und der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2009 bis 2011.

Für Bürgermeister Scheffold hat der Neubau des Feuerwehrgerätehauses oberste Priorität, er sollte in den Jahren 2008 und 2009 erfolgen.

Das Bauhofbetriebsgebäude mit Garagen, Schuppen und Streugutsilo kann in den Jahren 2010 und 2011 folgen, diese Maßnahme kann gegebenenfalls weiter nach hinten verschoben werden, wenn sich die Finanzierung ändert.

Für beide Einrichtungen besteht unbestritten ein dringender Neubaubedarf.

Das Güterbahnhofsgelände wurde Ende 2005 extra zu diesem Zweck gekauft, vorbehaltlich einer Machbarkeitsuntersuchung. Durch den gemeinsamen Bau entstehen Synergieeffekte bei der Baumaßnahme, beim Betrieb und bei der Unterhaltung der Gebäude. Der zentrale Standort am Güterbahnhof ist auch für die Bauhofzwecke sinnvoll.

Die Bebauungsplanerstellung und die Hochbauplanung sind bereits weit fortgeschritten. Die Interessen der Anlieger wurden weitgehend berücksichtigt.

Bürgermeister Scheffold möchte die gewährten Zuschüsse von 480.000 Euro nicht gefährden. Er weist darauf hin, dass künftig die Beantragung von ELR-Zuschüssen wesentlich erschwert wird, weil ein örtliches Entwicklungskonzept zu erstellen ist.

In einer Vorbesprechung mit den Fraktionsvorsitzenden wurde vereinbart, dass in der heutigen Sitzung alle offenen Fragen aufgelistet werden, um vor dem später zu fassenden Grundsatzbeschluss über die weitere Vorgehensweise alle Fakten zu kennen. Bürgermeister Scheffold hat so einen Fragenkatalog im Entwurf erarbeitet, der dem Gemeinderat als Tischvorlage vorliegt. Er wird einen Teil der Fragen morgen beim Kreisbrandmeister und nächste Woche beim Regierungspräsidium Freiburg erörtern. Der Gemeinderat wird über das Ergebnis am 01. August 2007 in nichtöffentlicher Sitzung informiert.

Ein neuer Grundsatzbeschluss soll dann am 05. September 2007 in öffentlicher Sitzung gefasst werden.

Stadtrat Ziegler nimmt zur Thematik für die SPD-Fraktion Stellung. Diese ist mehrheitlich der Auffassung, dass an der jetzigen Standortentscheidung festgehalten werden soll, auch wenn der Ausgleichstockzuschuss nicht fließt. Der damalige Grundsatzbeschluss wurde mit großer Mehrheit gefasst. Falls notwendig, kann die Maßnahme in Stufen umgesetzt werden. Die Finanzierung ist neu zu prüfen.

Wichtig ist für die SPD-Fraktion, die zugesagten Zuschüsse zu sichern. Eine Verlängerung der Zuschussfrist ist deshalb mit den Fachbehörden zu klären. Im Haushalt 2008 und in der mittelfristigen Finanzplanung ist die Finanzierbarkeit der Maßnahme klar darzustellen.

Stadtrat Fuhrer teilt hingegen mit, dass die CDU-Fraktion einstimmig die Meinung vertritt, auch auf der Grundlage des Informationsabends in der letzten Woche, dass durch die Ablehnung des Ausgleichsstockzuschusses eine neue Situation eingetreten ist.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass die Feuerwehr am jetzigen Standort im Sägegrün bleiben sollte und in 3 Stufen eine Erweiterung vorzunehmen ist. Zunächst sollte 2008 die geplante Fahrzeuggarage für 4 Fahrzeuge gebaut werden. Herr Fuhrer geht von Kosten von 460.000 Euro aus, abzüglich des zu erwartenden Zuschusses nach den Feuerwehr-richtlinien von 160.000 Euro verbleiben dann 300.000 Euro zuzüglich der Baunebenkosten. 2009 kann die Maßnahme fortgeführt werden, alternativ kann dann ein neues Feuerwehrfahrzeug gekauft werden. Damit wäre dann auch eine Weiterverwendung der jetzigen Gebäulichkeiten gesichert.

Der Neubau des städtischen Bauhofes hat für die CDU-Fraktion gleiche Priorität wie der Neubau des Feuerwehrgerätehauses, so Herr Fuhrer. Allerdings ist ein anderer Standort zu suchen. Denkbar ist das Gewerbegebiet „Häuslematte II“ im Anschluss an das Baugeschäft Läufer, alternativ können auch Standorte in der Hofmattenstraße, beispielsweise auf dem Schlenkerareal, untersucht werden.

Zur Begründung verweist Stadtrat Fuhrer auf den fehlenden Ausgleichsstockzuschuss, die fehlende Akzeptanz des Standortes Güterbahnhofsareal bei der Bevölkerung, die befürchtete Störung des dortigen Stadtbildes, die erhofften Einsparungen durch die Beibehaltung des Standortes Sägegrün und die gegebene Gebäudeweiernutzung im Sägegrün. Auch hält Herr Fuhrer den dortigen Standort für akzeptiert in der Bevölkerung.

Stadtrat Wöhrle fragt an, ob der Grundsatzbeschluss des Gemeinderates in diesem Fall aufzuheben wäre. Dies wird von Bürgermeister Scheffold verneint. Da mit der Versagung des Ausgleichsstockzuschusses eine Voraussetzung weggefallen ist, besteht eine neue Situation. Die Maßnahme kann nun zeitlich gestreckt werden, die Finanzlage kann sich verbessern, Grundstückserlöse können erzielt werden, eine Kreditaufnahme ist möglich, oder ein Nachtragshaushalt 2007, was von Bürgermeister Scheffold aber nicht unterstützt wird.

Stadtrat Wöhrle bittet, auch die Erschließungskosten für das Güterbahnhofs-gelände mit in die Betrachtung aufzunehmen. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass hierfür eine Ingenieurplanung erforderlich ist, die nach Aufstellung des Bebauungsplanes in Auftrag gegeben werden kann. Das Bebauungsplanverfahren ist aber derzeit gestoppt worden, bis das weitere Vorgehen beschlossen worden ist. Allerdings werden die Ingenieurbüros RS und Weissenrieder die Erschließungskosten bis zur Sitzung am 05. September 2007 überschlägig ermitteln.

Stadtrat Weißer teilt für die Freie Wählerfraktion mit, dass diese mehrheitlich den SPD-Antrag unterstützt. Er hält den Güterbahnhof für die beste Lösung, weil sie nicht wesentlich teurer ist und Synergieeffekte vorhanden sind. Er bittet aber ebenfalls um eine komplette Kostenaufstellung. Außerdem sollte ein Nutzungskonzept für das alte Feuerwehrgerätehaus im Sägegrün entwickelt werden.

Stadtrat Horn ist hingegen der Meinung, dass durch die Zuschussgewährung für den Standort Güterbahnhof Investitionen fehlgeleitet werden. Er spricht sich für einen Erweiterungsbau im Sägegrün aus, was er für billiger hält. Er gibt auch zu bedenken, dass am Güterbahnhof eine teure Notzufahrt zur Reichenbacher Straße erforderlich ist, sowie die Oberleitungsmasten versetzt werden müssen.

Stadtrat Horn ist vielmehr dafür, das Güterbahnhofsgelände für Parkplätze und Busparkplätze zu nutzen, auch im Hinblick auf den Bahnhof und die Stadthalle.

Er ist der Meinung, dass die notwendige Erweiterungsfläche im Sägegrün gegeben ist und die Maßnahme im Jahr 2008 durchgeführt werden kann.

Stadträtin Eveline Lauble hingegen hält den Güterbahnhof für den idealen Standort. Sie sieht die Standortdiskussion als abgeschlossen an. Sie bittet, sich vielmehr über die Finanzierungsmöglichkeiten Gedanken zu machen.

Stadtrat Siller ist dagegen der Meinung, dass der Vorschlag der CDU-Fraktion zu Einsparungen führen wird. Dann wird auch der Kauf eines Feuerwehrfahrzeuges möglich sein.

Stadtrat Dr. Zeumer bittet in die Betrachtungen auch den Aspekt des Flächenbedarfs und des Flächenverbrauchs am Güterbahnhof mit einzubeziehen.

Stadtrat Hurst ist der Meinung, dass Feuerwehrgerätehaus und Bauhof die gleiche Priorität genießen sollten. Er findet, dass der Bauhofneubau 2008 geplant werden sollte, Baubeginn im Gewerbegebiet „Häuslematte II“ könnte 2009 sein. Er stellt sich eine Erschließung an die Frombachstraße durch den Neubau einer Brücke vor. Dann könnten Feuerwehrgerätehaus und Bauhof parallel realisiert werden, außerdem könnte 2009 ein Feuerwehrfahrzeug gekauft werden.

Stadtrat Böckl zweifelt die Möglichkeit eines Anschlusses des Gewerbegebietes an die Frombachstraße an. Auch er hält die Standortdiskussion für abgeschlossen.

Stadtrat Günther Lauble widerspricht der Darstellung des Fraktionsvorsitzenden Fuhrer, dass die CDU-Fraktion einstimmig eine neue Standortdiskussion wünscht. Er gibt zu bedenken, dass der Gemeinderat bereits seit 16 Jahren nach geeigneten Standorten für Feuerwehrgerätehaus und Bauhof sucht. Dieser Standort ist jetzt endlich gefunden, alle Untersuchungen sind durchgeführt worden. Die Kosten eines Umbaus des Feuerwehrgerätehauses im Sägegrün hält er für unkalkulierbar. Er selbst wird sich für den Standort Güterbahnhof aussprechen.

Bürgermeister Scheffold erinnert an die Besichtigung des Feuerwehrgerätehauses im Sägegrün mit dem Kreisbrandmeister im Jahr 2004. Damals wurde vom Kreisbrandmeister unmissverständlich mitgeteilt, dass der dortige Zuschuss von 160.000 Euro nach den Feuerwehrrichtlinien nur gewährt werden kann, wenn eine gesamte funktionsfähige Feuerwehr gewährleistet ist. Dies ist so auch protokolliert. Bürgermeister Scheffold geht dort von Umbaukosten einschließlich Grunderwerb von rund 1,15 Millionen Euro aus.



Bürgermeister Scheffold ist vielmehr dafür, das jetzige Feuerwehrgerätehaus zu verkaufen. Interessenten sind ihm bereits bekannt. Der Erlös kann für den Standort Güterbahnhof eingesetzt werden.

Am Standort Gewerbegebiet „Häuslematte II“ wären die Baukosten für den Bauhof genau zu ermitteln, anhand der Kubatur. Gegenzurechnen sind dann die wegfallenden Erlöse aus dem Grundstücksverkauf, für den Bauhofneubau werden rund 3.000 m<sup>2</sup> benötigt. Deshalb kommt der Standort Schlenkerareal in der Hofmattenstraße nicht in Frage, weil dort nur rund 2.000 m<sup>2</sup> verfügbar sind.

Bezüglich des Anschlusses des Gewerbegebietes an die Frombachstraße ist sich Bürgermeister Scheffold sicher, dass Anliegerproteste dann vorprogrammiert sind. Mehr Verkehr ist der Frombachstraße nicht zumutbar, auch wenn Stadtrat Fuhrer sich davon eher eine Entlastung der Frombachstraße versprechen würde.

Stadtrat Fuhrer ist der Meinung, dass auch die Grundstückskosten des Güterbahnhofsareals kalkulatorisch zu berücksichtigen sind bei einem Vergleich, wenngleich die Stadt Hornberg das Grundstück bereits erworben hat.

Auch Stadtrat Weißer sieht eine Verbindungsbrücke vom Gewerbegebiet zur Frombachstraße kritisch. Er ist der Meinung, dass eine solche Brücke viel zu teuer wird. Auch wäre dann der Hartplatz beim Freibad für den VfR Hornberg nicht mehr verfügbar. Dann würde die Thematik Kunstrasenplatz akut. Er ist der Meinung, dass auf dem Güterbahnhofsareal dennoch genug Parkplätze verbleiben, wenn das Projekt realisiert wird. Er gibt auch zu bedenken, dass auch für eine Parkieranlage im dortigen Bereich eine Erschließung erforderlich wäre.

Stadtrat Böckl ist der Meinung, dass das Gewerbegebiet für ansiedlungswillige Betriebe erforderlich ist, nicht für einen Bauhof.

Stadtrat Ziegler ist sich sicher, dass durch einen Brückenbau die Frombachstraße noch stärker frequentiert werden würde, weil der Autofahrer erfahrungsgemäß den kürzesten Weg wählt.

Stadtrat Siller ist hingegen der Meinung, dass eine verbesserte Erschließung für die Brauerei Ketterer von Vorteil wäre.

Bürgermeister Scheffold stellt fest, dass der Gedankenaustausch damit beendet ist und verliert seinen Fragenkatalog. Dieser soll ergänzt werden um die voraussichtlichen Erschließungskosten für das Güterbahnhofsareal, die Auswirkungen bei einer Realisierung auf dem Güterbahnhofsareal auf die mittelfristige Stadtplanung und die möglichen alternativen Verwendungsmöglichkeiten für das Feuerwehrgebäude im Sägegrün. Auch die Schaffung von Parkplätzen im Sägegrün soll untersucht werden.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt vom Sachstand Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, folgenden Fragen bis zur nächsten öffentlichen Sitzung am 05. September 2007 aufzuarbeiten:

1. Kann der Feuerwehrezuschuss auf den Standort Sägegrün übertragen werden? Wenn ja, wann wäre spätester Baubeginn?  
Sind Bauabschnitte möglich, wenn ja in welchen Zeiträumen?  
Wenn nein, welche Chancen bestehen bei einem neuen Zuschussantrag, von welchem Zeitrahmen muss gegebenenfalls bis zur Bewilligung ausgegangen werden?
2. Wie hoch wären die Kosten für die Realisierung einzelner Bauabschnitte im Sägegrün?
3. Kann der ELR-Zuschuss für den Bauhof auf einen anderen Standort übertragen werden?  
Wenn ja, wann wäre spätester Baubeginn?  
Ist die Bildung von Bauabschnitten möglich?  
Falls nein, wie stehen die Chancen bei einem Neuantrag, auch im Hinblick auf die künftig zu erstellenden örtlichen Entwicklungskonzepte für das ELR?
4. Wo könnte ein Standort für den neuen Bauhof sein?  
Mit Nebenflächen ist von einer Grundstücksgröße von ca. 2.700 m<sup>2</sup> aufwärts laut Gutachten der GPA auszugehen. Welche Kosten fallen hier an?
5. Welche betrieblichen Konsequenzen (Entfernungen, Transportwege) ergeben sich hieraus?
6. Voraussichtliche Erschließungskosten für das Güterbahnhofsareal.
7. Auswirkungen der Neubaumaßnahme auf dem Güterbahnhofsareal auf die mittelfristige Stadtplanung.
8. Verwendungsmöglichkeiten für die Feuerwehrgebäude im Sägegrün.
9. Mögliche Schaffung von Parkplätzen im Sägegrün.

**TOP 04. Wilhelm-Hausenstein-Schule: Weitere Beratung über das Konzept für eine offene Ganztagsbetreuung**

Bürgermeister Scheffold begrüßt Frau Rektorin Irmtraud Henke von der Wilhelm-Hausenstein-Schule. Die Elternbeiratsvorsitzende Mia Segers hat sich entschuldigt.

Der Vorentwurf des baulichen Nutzungskonzeptes von Architekt Wöhrle junior wurde dem Gemeinderat vorab per E-Mail zur Verfügung gestellt. Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache Nr. 84/2007. Heute soll keine Entscheidung getroffen werden, die einzelnen Themenpunkte sollen nur beraten werden.

Dem Gemeinderat wurde in der nichtöffentlichen Sitzung vom 18. April 2007 das von der Schulleitung erarbeitete pädagogische Konzept für eine offene Ganztagsbetreuung vorgestellt. Das pädagogische Konzept wurde nun zwischenzeitlich mit dem Schulamt abgesprochen und in der Schulkonferenz verabschiedet. Zusätzlich fand am 10. Juli 2007 eine Elterninformationsveranstaltung im Katholischen Pfarrzentrum statt. Vor der Entscheidung über eine Antragsstellung zur Einführung einer offenen Ganztagschule werden nun folgende Themenpunkte erörtert:

1. Bericht aus der Elternversammlung: Am 10. Juli 2007 wurde das neue Konzept in einer öffentlichen Informationsveranstaltung der Eltern erläutert. Die Presseberichte über die Informationsveranstaltung liegen dem Gemeinderat vor.
2. Organisation der Schülerbeförderung: Die Schülerbeförderung wird sich durch die Einführung der offenen Ganztagschule sogar positiv verändern. Durch die geänderten Unterrichtszeiten wird die Anfahrt der Kinder erst zur bisherigen 2. Stunde erforderlich. Damit werden die bisherigen langen Wartezeiten für die Schüler weitgehend entfallen. Einsparungen bei den Beförderungsfahrten würden sich auch positiv auf die Schülerbeförderungskosten niederschlagen.
3. Mittagessenversorgung: Es wird für die Kinder die Möglichkeit geschaffen, ein Mittagessen im Stephanus-Haus einzunehmen. Die Kinder müssen dorthin begleitet und während des Essens betreut werden. Das Mittagessen mit Nachtschiff kann voraussichtlich zum Preis von ca. 3,50 Euro pro Mahlzeit angeboten werden.
4. Personeller Einsatz: Die Stadt ist verpflichtet, im Falle der Einführung der offenen Ganztagsbetreuung 1,5 kommunale Betreuungsstellen, das entspricht 58,5 Wochenstunden bereit zu stellen. Davon sind 37,60 Stunden bereits abgedeckt. Von der noch fehlenden personellen Einsatzzeit von ca. 21 Stunden wird ein weiterer Teil durch eine weitere Inanspruchnahme des Hausmeisters. Die restliche Zeit kompensiert ist durch eine zusätzliche, stundenweise beschäftigte Betreuungskraft abzudecken.
5. Gebühren für die Teilnahme am Angebot der offenen Ganztagsbetreuung: Dem Gemeinderat liegen verschiedene Gebührenmodelle anderer Kommunen als Tischvorlage vor. Bürgermeister Scheffold spricht sich grundsätzlich für moderate Gebühren aus, um eine bedarfsgerechte Inanspruchnahme der offenen Ganztagsbetreuung zu ermöglichen.
6. Bauliches Konzept: Architekt Wöhrle junior hat den Entwurf des baulichen Konzeptes erstellt, der dem Gemeinderat als Tischvorlage vorliegt und von Herrn Wöhrle präsentiert wird. Nach der Beratung soll eine intensive Untersuchung einschließlich Kostenberechnung durchgeführt werden. Danach kann im September eine erneute Beratung im Gemeinderat erfolgen. Das Nutzungskonzept bezieht sich auf die 4 Geschosse des Schulhausaltbaus in der Hauptstraße 28.

Im Erdgeschoss soll ein Multifunktionsraum im Anschluss an die Wartehalle eingerichtet werden. Aus statischen Gründen ist dies vorteilhafter und kostengünstiger als im Bereich der Klassenzimmer zum Gallionhaus hin. Eine Öffnung des Multifunktionsraums zum Gang hin ist statisch schwierig.

Im ersten Obergeschoss ist die Schaffung eines zusätzlichen Fluchtwegs über das Dach der Wartehalle erforderlich.

Im Dachgeschoss kann die Lehrbücherei mit Lernmittelraum eingerichtet werden, die sich bisher noch im Untergeschoss befindet. Dies ist von Vorteil. Auch dort ist eine neue Fluchttreppe erforderlich. Ziel ist insgesamt ein geringstmöglicher Substanzein-griff, so Bürgermeister Scheffold.

Rektorin Henke stellt fest, dass die wesentlichen Punkte des pädagogischen Konzeptes in der Planung berücksichtigt worden sind. Sie ist mit der Planung einverstanden.

Bürgermeister Scheffold wird sich mit dem AWO-Ortsverein in Verbindung setzen wegen des bisher von der AWO genutzten Raums im Dachgeschoss. Der Raum wird nun anderweitig benötigt. Falls erforderlich, kann der AWO ein anderer Raum im Neubau zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Ziegler teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Entwurfsplanung vollinhaltlich zustimmt und bittet um eine fristgemäße Antragstellung. Er nimmt die Fortschritte mit Freude zur Kenntnis.

Dem schließt sich Stadtrat Fuhrer für die CDU-Fraktion an. Die Maßnahme ist nun auch finanziell abzusichern.

Stadtrat Pätzold bittet, die Gebäudeaußenmauern auf dem Schulhof baldmöglichst freizu-legen, um die Substanz zu schützen.

Bürgermeister Scheffold antwortet, dass auf dem Schulhof ein Ruhebereich, ein Bewegungs-bereich und ein Spielbereich geplant sind. Im Spielbereich ist nun die Aufstellung eines Multifunktionsgerätes geplant, Angebote von 3 bis 5 Fachfirmen werden eingeholt. Die Angebote werden dem Gemeinderat vorgelegt. Wichtig ist, dass kein Eingriff in den Schulhofbelag erfolgt. Erfreulich ist, dass die Elternschaft sich bereits bereit erklärt hat, die Maßnahme zu unterstützen.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt vom Sachstand zustimmend Kenntnis.

Es wird einstimmig beschlossen, die Erstellung eines baulichen Konzeptes mit Kostenbe-rechnung in Auftrag zu geben.

Am 05. September 2007 soll in öffentlicher Sitzung der Grundsatzbeschluss über die Ein-richtung der offenen Ganztagsbetreuung in der Wilhelm-Hausenstein-Schule gefasst wer-den.

Im Anschluss daran sind fristgemäß die Anträge für die Anerkennung der Wilhelm-Hausenstein-Schule als offene Ganztagschule und auf Bezuschussung der Baumaßnahme zu stellen.

Rektorin Henke bedankt sich für die Unterstützung des Gemeinderates.

**TOP 05. Vergabe von Straßeninstandsetzungsarbeiten:**

- a) Oberflächenbehandlung von bituminösen Straßenbelägen in der Schwanenbachtalstraße im Ortsteil Reichenbach
- b) Straßenbauarbeiten an der Niedergießstraße im Ortsteil Niederwasser
- c) Straßenbauarbeiten an der Hölzle-Kräherstraße im Ortsteil Reichenbach

Bürgermeister Scheffold verweist auf die Drucksache Nr. 85/2007. Insgesamt stehen für die Maßnahmen Haushaltsmittel von 140.000 Euro zur Verfügung. Die Sanierung der Schlossstraße erfolgt in einem späteren Haushaltsjahr, der hierfür bereitgestellte Haushaltsansatz steht deshalb ebenfalls zur Verfügung.

1. Schwanenbachtalstraße: Die Arbeiten wurden unter 7 Fachfirmen beschränkt ausgeschrieben. 5 Angebote sind eingegangen, die dem Gemeinderat vorliegen. Günstigster Bieter ist die Firma Deutsche Bimoid GmbH, Freiburg.

Ortsvorsteherin Eveline Lauble ist froh, dass auch dieser zweite Bauabschnitt umgesetzt werden kann und bittet um rechtzeitigen Baubeginn.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Auftrag an den günstigsten Bieter, die Firma Deutsche Bimoid GmbH, Freiburg zum Angebotspreis von brutto 16.162,58 Euro zu vergeben.

2. Niedergießstraße: Die Straßenbauarbeiten an der Niedergießstraße wurden unter 6 Fachfirmen ausgeschrieben, es sind 5 Angebote eingegangen. Günstigster Bieter ist die Firma K&W Bau GmbH, Schonach. Das Ausschreibungsergebnis liegt dem Gemeinderat als Tischvorlage vor.

Ortsvorsteher Dold ist froh, dass die Niedergießstraße damit weiter saniert werden kann. Sie wird teilweise auf Privatgelände verbreitert, er hat aber bereits das Einverständnis der Grundstückseigentümer erhalten. Er ist zuversichtlich, dass bestehende Fragen noch geklärt werden können.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Auftrag an den günstigsten Bieter, die K&W Bau GmbH, Schonach zum Angebotspreis von brutto 39.870,95 Euro zu vergeben.

3. Hölzle-Kräherstraße: Die Straßenbauarbeiten wurden unter 6 Fachfirmen beschränkt ausgeschrieben. Günstigster Bieter ist auch hier die Firma K&W Bau GmbH, Schonach. Das Ausschreibungsergebnis liegt dem Gemeinderat als Tischvorlage vor. Stadtbaumeisterin Moser erklärt, dass der Haushaltsansatz für den Ortsteil Reichenbach durch die Auftragsvergabe überschritten wird. Durch die Reduzierung der Massen im Unterbau und des Bankettstreifens ist aber eine Einsparung von ca. 8.000 Euro möglich.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Auftrag an den günstigsten Bieter, die K&W Bau GmbH, Schonach zum Angebotspreis von brutto 48.129,55 Euro zu vergeben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Massen im Unterbau und des Bankettstreifens nach Möglichkeit zu reduzieren, um eine Einsparung zu erzielen. Eine gegebenenfalls sich ergebende überplanmäßige Ausgabe wird vorsorglich genehmigt.

**TOP 06. Neugestaltung der Innenstadt****a) Baufortschritt****b) Einrichtung einer Gartenwirtschaft durch das Hotel „Adler“**

Bürgermeister Scheffold verweist auf die Drucksache Nr. 86/2007.

1. Baufortschritt: Die Abnahme des Bauabschnitts vom Rathausknoten bis zum Keilbachgebäude erfolgt am Montag. Anschließend werden die Nacharbeiten durchgeführt, so dass der Straßenabschnitt voraussichtlich Ende nächster Woche wieder für den Verkehr freigegeben werden kann.

Nach dem nächsten Bauabschnitt entlang des Bärenplatzes wird der Traubenplatz für einen Zeitraum von 2 bis 3 Wochen nicht anfahrbar sein. Dort soll ein Provisorium über den Wasserlauf vor dem Bärenplatzneubau hergestellt werden, damit zumindest Pkws die Tiefgarage anfahren können. Die Anlieger und die Nutzungsberechtigten werden entsprechend informiert.

Stadtrat Fuhrer schlägt vor, nach der Verkehrsfreigabe der Bahnhofstraße und der unteren Hauptstraße Verkehrskontrollen bezüglich des Lkw-Verkehrs zu beantragen. Stadtrat Wöhrle schlägt vor, diese Kontrollen auch auf die Rebbergstraße auszudehnen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt vom Baufortschritt Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Freigabe der Bahnhofstraße und der unteren Hauptstraße für den Verkehr Kontrollen bezüglich des LKW-Verkehrs zu beantragen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, nach der Verkehrsfreigabe der Bahnhofstraße und der unteren Hauptstraße den Kirchplatz wieder für den Durchgangsverkehr zu sperren.

2. Geplante Gartenwirtschaft vor dem Hotel „Adler“: Im Zuge der Neugestaltung der Innenstadt beabsichtigt auch das Hotel „Adler“, eine Gartenwirtschaft einzurichten. Die beabsichtigte Einteilung liegt dem Gemeinderat als Übersichtsplan vor. Entlang des Gebäudes bleibt ein Gehweg von 1,50 m frei. Es kommen zwei Schirme zur Aufstellung, die mit festen Bodeneinbauhülsen befestigt werden. Die Abgrenzung zur Fahrbahn erfolgt in einer festen Einzäunung mit einem Schrammbord von 50 cm zur Rinne. Der Erker soll als besonderes Bauteil über eine Bodeneinbauleuchte angestrahlt werden. Für eine später eventuell beabsichtigte Stromversorgung sollen Leerrohre verlegt werden. Es wird eine hochwertige Möblierung zum Einsatz kommen. Die Schirme haben einen Durchmesser von 3 Metern und werden in einer gedeckten Farbe ohne Werbung ausgeführt.

Bürgermeister Scheffold geht davon aus, dass auch vom Gasthaus „Tannhäuser“ später ein entsprechender Antrag kommen wird.

Dem Vorschlag von Stadtrat Dold, die Gartenwirtschaft entlang des Gebäudes einzurichten, wird aus Sicherheitsgründen nicht gefolgt, weil die Fußgänger dann am Fahrbahnrand gehen müssten. Auch wäre der Gehweg dann für Gehbehinderte nachteilig.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Einrichtung einer Gartenwirtschaft vor dem Hotel „Adler“ gemäß den eingereichten, vorliegenden Plänen zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Sondernutzungserlaubnis mit den erforderlichen Auflagen und Bedingungen zu erteilen.

Auch der Einbau einer Bodeneinbauleuchte für die Beleuchtung des Gebäudeerkers wird genehmigt.

### **TOP 07. Zuschussantrag des DRK-Kreisverbandes Wolfach**

Bürgermeister Scheffold verweist auf die Drucksache Nr. 87/2007. Die Kreisbereitschaftsleitung des DRK-Kreisverbandes Wolfach hat eine neue Konzeption für den regionalen Katastrophenschutz und den Rettungsdienst erstellt. Das entsprechende Schreiben des Kreisverbandes liegt dem Gemeinderat vor. Die Finanzierung der Umsetzung der neuen Konzeption erfolgt zum größten Teil über den DRK-Kreisverband und seine 10 Ortsvereine. Jedoch ist die Finanzierung der Alarmierung und der Funkgeräte noch offen. Hierfür bittet der Kreisverband die Kommunen des Altkreises Wolfach um einen einmaligen einwohnerbezogenen Zuschuss von insgesamt 55.000 Euro.

Die Verwaltung schlägt in Anbetracht der in Hornberg vorgehaltenen Rettungswache und der auch weiterhin geplanten Stationierung der Einsatzeinheit/Schnelleinsatzgruppe vor, dem DRK einen solchen Zuschuss von 1,00 Euro pro Einwohner, verteilt auf 2 Haushaltsjahre, zu bewilligen. Bürgermeister Scheffold kann berichten, dass seine Bürgermeisterkollegen des Kinzigtalesprengels sich einmütig für diese Bezuschussung ausgesprochen haben.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dem DRK-Kreisverband Wolfach einen Zuschuss in Höhe von 1,00 Euro pro Einwohner zu gewähren. Der Zuschuss wird jeweils hälftig in den Jahren 2008 und 2009 ausbezahlt. Die Mittel sind in den Haushaltsplänen 2008 und 2009 entsprechend bereitzustellen.

**TOP 08. Bericht der Verwaltung über den Stand der Projekte des Jahres 2007**

Bürgermeister Scheffold verweist auf die Drucksache Nr. 88/2007. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit einigt man sich darauf, dass der Gemeinderat die von der Verwaltung erstellte Übersicht über den Stand der wichtigsten Projekte des Jahres 2007 mit der nächsten Einladung für den 05. September 2007 erhält. In der dortigen Sitzung können dann Fragen hierzu gestellt werden.

**Beschluss:**

Hiermit ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

**TOP 09. Übersicht über die Planungshonorare für Architekten- und Ingenieurleistungen**

Bürgermeister Scheffold verweist auf die Drucksache Nr. 89/2007. Aus der Mitte des Gemeinderates wurde der Wunsch geäußert, eine Aufstellung der im Jahr 2006 bezahlten Honorare für Architekten und Ingenieure zu erhalten. Die Aufstellung liegt dem Gemeinderat vor. Falls gewünscht, kann in einer späteren Sitzung eine Diskussion erfolgen, inwieweit künftig solche Leistungen in verstärktem Umfang selbst erbracht werden sollen bzw. können.

Die Honoraraufstellung beläuft sich auf insgesamt 157.000 Euro. Fehlend sind die Honorare für den Eigenbetrieb Wasserversorgung. Stadtrat Fuhrer stellt fest, dass noch weitere Planungsleistungen nicht aufgeführt sind, beispielsweise für den Bärenplatzbrunnen, Bebauungsplanung und den Ausbau der Frombachstraße.

Bürgermeister Scheffold begründet dies damit, dass die Aufstellung nur bereits kassenwirksame Vorgänge beinhaltet. Die Liste wird aber entsprechend überarbeitet.

Stadtrat Fuhrer findet es angesichts der Beträge geboten, über die Einstellung eines zusätzlichen Planers im Stadtbauamt nachzudenken und im Gegenzug weniger Planungsaufträge zu vergeben.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt von der vorliegenden Aufstellung Kenntnis. Zu einem späteren Zeitpunkt, spätestens bis Ende Oktober 2007, soll eine Grundsatzdiskussion erfolgen. Die Auflistung ist bis dahin zu vervollständigen, auch die Planungsaufträge für den Eigenbetrieb Wasserversorgung sind aufzunehmen.



## **TOP 10. Bekanntgaben und Anfragen**

### **10.1 Änderungsbauantrag zum Errichten eines Carports auf dem Grundstück Am Rubersbach 55**

Der Gemeinderat hat dem ursprünglichen Bauantrag bereits das Einvernehmen erteilt. Dem Änderungsbauantrag kann aus Sicht der Verwaltung ebenfalls das Einvernehmen erteilt werden. Aus Fristgründen ist eine Behandlung in heutiger Sitzung erforderlich, die Fraktionsvorsitzenden sind damit einverstanden, dass das Einvernehmen im Umlaufverfahren eingeholt wird.

Der Änderungsbauantrag wird in Umlauf gegeben.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen.

### **10.2 Geplanter Windpark „Am Pilfer“**

Die Firma Ökostrom aus Ebringen hat die immissionsschutzrechtliche Neugenehmigung des Landratsamtes Ortenaukreis für die Errichtung der beiden geplanten Windkraftanlagen erhalten. Das Vorhaben entspricht dem Entwurf des Bebauungsplanes, der am 05. September 2007 als Satzung beschlossen werden soll.

### **10.3 Grünplanung für den Pfarrgarten**

Der Verwaltung liegt ein Angebot der Grünflächenplanerin Frau Bonath über 900 Euro vor. Der geplante Brückenverlauf wird berücksichtigt.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat ist einstimmig mit der Auftragsvergabe einverstanden.

### **10.4 Bergfest 2007 der Freiwilligen Feuerwehr Hornberg**

Die Einladung der Freiwilligen Feuerwehr Hornberg zum Bergfest am Sonntag, 26. August 2007 beim Feuerwehrheim Reichensteinerhof liegt dem Gemeinderat vor. Bei schlechtem Wetter findet das Fest beim Gerätehaus im Sägegrün statt.

### **10.5 10-jähriges Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Bischwiller**

Die Einladung zum Partnerschaftsfest in Bischwiller am 15. und 16. September 2007 liegt dem Gemeinderat vor. Bürgermeister Scheffold bittet um Anmeldung, falls noch nicht geschehen.

## **10.6 Verkehrssituation am Knoten Werderstraße/Eisenbahnstraße**

Stadtrat Hurst schlägt vor, im dortigen Knotenpunkt ein Parkverbot anzuordnen, um den Durchgangsverkehr nicht zu behindern.

Die Verwaltung wird dies prüfen.

## **10.7 Beschilderung am Bahnübergang Franz-Schiele-Straße**

Stadtrat Hurst bittet um Überprüfung, ob das Sackgassenschild hinter dem Bahnübergang Franz-Schiele-Straße noch vorhanden ist.

Die Verwaltung wird dies prüfen.

## **10.8 Pflege der Straßenbankette im Außenbereich**

Auf Bitte von Stadtrat Haas wird Stadtbaumeisterin Moser mit den Wegwarten im Außenbereich die Pflege der Straßenbankette besprechen. Die Maßnahme ist bereits in Planung.

## **10.9 Sonnenschutz für das Planschbecken im Freibad**

Stadtrat Pätzold schlägt vor, ein zusätzliches Sonnensegel für die Kinder im Bereich des Planschbeckens im Freibad anzubringen.

### **Ergebnis:**

Stadtbaumeisterin Moser wird mit dem Bademeister besprechen, ob das vorhandene Sonnensegel besser platziert werden kann.

## **TOP 11. Fragestunde**

### **11.1 Vollsperrung der Storenwaldstraße**

Auf Anfrage von Kommandant Andreas Armbruster führt Bürgermeister Scheffold aus, dass Pkws nun wieder die Storenwaldstraße befahren können. Sobald der Geologe grünes Licht gibt, kann auch der Lkw-Verkehr wieder durchrollen.

Die Baufirma Bonath ist bereits informiert, dass der Knoten Hauptstraße/Schlossstraße solange offen bleiben muss, bis die Storenwaldstraße wieder voll befahrbar ist. Die Feuerwehr wird wieder informiert.

### **11.2 Möglicher Neubau von Feuerwehrgerätehaus und Bauhof auf dem Güterbahnhofsgelände**

Herr Manfred Ketterer nimmt erneut Stellung zum Vorhaben. Er ist der Meinung, dass die heute vorgebrachten Argumente für andere Standorte nicht ausreichend und angemessen gewürdigt worden sind.

### 11.3 Beschädigungen am Haus Reichenbacher Straße 16 b

Herr Markus Baumann erinnert an seine Schadensmeldung an die Verwaltung, dass durch den Bau der Gabionenwand über dem Haus durch den städtischen Bauhof Beschädigungen an der Gebäudesubstanz aufgetreten sind.

Hauptamtsleiter Flaig antwortet, dass Stadtbaumeisterin Moser die Örtlichkeit bereits besichtigt hat. Die Sache wurde in der vergangenen Woche mit der städtischen Haftpflichtversicherung besprochen. Ein Sachverständiger der Versicherung wird sich bei der Grundstückseigentümerin melden.

Der Vorsitzende

Der Protokollführer

Siegfried Scheffold

Oswald Flaig

Die Urkundspersonen

Franz Böckl

Joachim Brohammer

Bernhard Dold